

108161

FA
Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei
und des SD - Oslo

Oslo, den 18. Januar 1945.

Tgb. Nr. 162/45 8.

48

Geheim!

SITUATIONSBERICHT.

Meldungen aus Norwegen

Nr. 86

Vorliegender Bericht ist nur **persönlich** für den Empfänger bestimmt und enthält Nachrichtenmaterial, das der Aktualität wegen **unüberprüft** übersandt wird.

Allgemeine Stimmung und Lage

Der Beginn der sowjetischen Großoffensive hat in den Auffassungen der norwegischen Bevölkerung über das Kriegsgeschehen eine stärkere Wandlung noch nicht bewirkt. Zwar werden aus dem Generalangriff gegen das Reich wieder neue Hoffnungen auf eine baldige deutsche Niederlage und damit auf ein schnelles Kriegsende abgeleitet, doch hat das seit dem 16.12.44 neu erweckte Bewußtsein von der militärischen Kraft Deutschlands eine solche Festigkeit gewonnen, daß sie in der Beurteilung der militärischen Ereignisse konstant weiterzuwirken scheint. Es hat den Anschein, daß die völlige Überraschung durch das Einsetzen der deutschen Westoffensive im Dezember bei der norwegischen Bevölkerung eine gewisse grundsätzliche Wandlung nicht nur der Auffassungen über die Möglichkeiten Deutschlands, sondern in der Betrachtungsweise des militärischen Geschehens überhaupt zur Folge hatte. Unterstützt durch die für die Alliierten wenig günstige Lage in den von ihnen besetzten Ländern und durch die immer stärker empfundenen Zweifel an der Einigkeit der Alliierten untereinander, hat diese Wandlung Auffassungen Platz greifen lassen, wonach der Kriegsverlauf endgültig bewiesen habe, daß es notwendig sei, seine grundsätzlich bedingten Theorien und Anschauungen zu ändern. Allein hieraus dürfte die Tatsache zu erklären sein, daß sich die Bevölkerung - trotz des Lautwerdens hoffnungsvoller Stimmen (z.B. Bergen) - im Gegensatz zu ihrem früheren Verhalten bei ähnlichen Ereignissen zur sowjetischen Offensive im ganzen gesehen noch durchaus abwartend stellt, zumal man mit einer sowjetischen Winteroffensive ohnehin gerechnet hatte.

Die unmittelbare Berührung der norwegischen Bevölkerung mit Kriegshandlungen der Alliierten hat in letzter Zeit die Stimmung auf das stärkste beeindruckt. Während Einflüge von Maschinen der Alliierten im vorigen Jahr von der durchschnittlich gegenrisch eingestellten Bevölkerung noch freudig begrüßt wurden,

werden

- 2 -

werden alliierte Angriffe gegen norwegisches Gebiet jetzt immer einheitlicher abgelehnt. Ein Recht spricht man lediglich Angriffen auf rein militärische Ziele zu. Die äußerst nüchterne und realistische Beurteilung, die auf diesem Gebiet seit Weihnachten vorherrscht, hat zwar nicht zu einem Stimmungsumschwung zu Gunsten Deutschlands, wohl aber zu einer wesentlichen Erschütterung des Vertrauens zu den westlichen Alliierten geführt.

Aus Lillehammer wird gemeldet, daß seit dem Eintreffen des AOK von der Bevölkerung in zunehmendem Maße die Möglichkeit von Luftangriffen erörtert wird. Die Nervosität vieler Einwohner der Stadt zeigt sich u.a. darin, daß man begonnen hat, Wertsachen und Möbel nach auswärts in Sicherheit zu bringen.

Die Rede des Fylkesförrers Rogstad in Drontheim ist weiter Mittelpunkt intensiver Erörterungen. Aus Drontheim selbst wird berichtet, Rede und Verlauf der ganzen Veranstaltung hätten eine einmalige Wirkung gehabt und den Gegnern zunächst förmlich die Sprache verschlagen. Nur langsam einsetzende erste Äußerungen aus Gegnerkreisen bezeichneten die Rede als eine Aufforderung zum Bürgerkrieg. Auch in den übrigen Teilen des Landes haben die Ausführungen Rogstads stärkste Beachtung gefunden. Nach den vorliegenden Berichten wurde die Aktion innerhalb der NS überall mit lebhafter Zustimmung aufgenommen. Vielfach sei mit Bedauern festgestellt worden, daß es ähnliche zielbewußte und mutige Führerpersönlichkeiten in der Partei allzu wenig gäbe. Ebenso wurde der Wunsch geäußert, Einzelheiten über die Tätigkeit der "Heimatfront" auch im eigenen Bezirk zu erfahren. In Stavanger wurden vom Fylkesförrer und Redakteur der "Stavanger Avis" bereits Anfragen in dieser Richtung an die dortige Dienststelle der Sicherheitspolizei und des SD gerichtet. Die indirekte Aufforderung Rogstads zum Gegenterror, die man aus der Rede heraus hören zu können glaubte, fand überall Zustimmung. In diesem Zusammenhang wurde u.a. geäußert, daß verschiedene führende Partei-

funktionäre

- 3 -

funktionäre in dieser Frage mit Rogstad allerdings nicht übereinstimmen. Eine solche zurückhaltende Einstellung wird als feige und unzeitgemäß abgelehnt, da, wie durch das Beispiel Rogstads erneut bewiesen werde, ein scharfes Vorgehen unbedingt erfolgversprechend sei.

Mit steigender Besorgnis wird von der norwegischen Bevölkerung die Ernährungslage beurteilt. Man befürchtet allgemein, daß die kommenden Monate auf diesem Gebiet eine katastrophale Situation bringen werden. Als besonders akut wird die Notlage in Bergen geschildert. Am 15.1.45 seien dort z.B. lediglich noch 45 t Kartoffeln vorrätig gewesen, während der Verbrauch allein einer Woche 130 t betrage. Die an sich schon geringen inländischen Kartoffelzufuhren seien wegen der Wetterverhältnisse ausgefallen. 3 000 t aus Dänemark erwarteter Kartoffeln sollten zur Hälfte auf dem Dampfer "Vaga" angeliefert werden, dessen Versenkung am 15.1. bekannt gegeben wurde. Das zweite Schiff soll noch in Dänemark liegen, wo es wegen des Frostes angeblich nicht beladen werden kann. Der Mangel an anderen Waren aber lasse einen einigermaßen zufriedenstellenden Ausgleich nicht zu, sodaß die Bevölkerung vor einer außerordentlich ernsten Situation stehe.

Im Zusammenhang mit der ungünstigen Versorgungslage findet die Sabotagetätigkeit insofern eine immer weitere Ablehnung, als man durch sie die weitere Verschlechterung der Versorgung für die norwegische Bevölkerung befürchtet, zumal man der Auffassung ist, daß die deutsche Besatzungsmacht für sich ohnehin, die für sie notwendigen Mengen an Nahrungsmitteln, einheimischem Treibstoff usw. sicherstellt. Aus den gleichen Beweggründen ist man über die neuerliche Versenkung von drei Routenschiffen durch die Alliierten stark verbittert.

- 4 -

Innerpolitische Lage

Im Zusammenhang mit den in letzter Zeit erörterten evtl. Veränderungen in der norwegischen Regierung ist bekannt geworden, daß der politische Schriftleiter von "Aftenposten", Flood, inzwischen endgültig abgelehnt hat, als Chef des Kultur- und Volksaufklärungsdepartements in die Regierung Quislings einzutreten. Als evtl. Nachfolger Furesangs als Chef des genannten Departements wird in dem Kreis um Quisling jetzt der Leiter des Verlages Gylden- dal, Einar Schibbye, genannt, der selbst zur Annahme der Minister- stellung bereit wäre und in seiner Kandidatur besonders von Mi- nister Lie unterstützt wird. Schibbye hat sich früher als wenig deutschfreundlich erwiesen.

Nach Äußerungen des Gesandten Stören soll Ministerpräsident Quisling über einen ihm übermittelten Bescheid, daß auf Grund der erneut zunehmenden Offensivtätigkeit der Feindmächte der Besuch Quislings im Führerhauptquartier ohne Angabe eines neuen Termins wiederum verschoben worden sei, sehr erregt sein. Stören machte in dieser Verbindung wiederum unklare Äußerungen über angeblich evtl. Rücktrittsabsichten des Ministerpräsidenten. +)

Die Festlegung einer norwegischen Beteiligung am Volksopfer wird in führenden Regierungs- und NS-Kreisen z.T. scharf abgelehnt. Im allgemeinen ist man der Auffassung, daß die vorgesehene Ein- ziehung der entsprechenden Ausrüstungsgegenstände von deutscher Seite durchgeführt werden soll, um die Regierung Quisling vor dem norwegischen Volk nicht erneut zu belasten. Es wurde im Zu- sammenhang damit von dem Gesandten Stören sogar als wünschens- wert bezeichnet, wenn die Regierung Quisling in dieser Angelegen- heit gegenüber dem Reichskommissar einen formalen Protest erheben würde. Ganz allgemein werden in Regierungskreisen die deutschen Forderungen als folgenschwere Belastung des Regimes angesehen,

- 5 -

die man am liebsten dadurch umgehen möchte, daß unter Verzicht auf eine allgemeine Einsammlung die norwegische Wirtschaft mit der Herstellung der geforderten Ausrüstungsgegenstände beauftragt wird.

(+) Kurz vor Abschluß des vorliegenden Berichtes wird bekannt, daß der Besuch im Führerhauptquartier in Kürze stattfinden soll. Ministerpräsident Quisling wird von dem Gesandten Stören begleitet werden.

- 6 -

Nordnorge

Aus Tromsö wird berichtet, daß die Versorgung der Bevölkerung im dortigen Raum weiter ohne größere Schwierigkeiten durchgeführt werden kann. Für die Margarineproduktion sind weitere 45 t Rohstoffe in Tromsö eingetroffen und weitere 92 t aus Südnorwegen nach Narvik unterwegs. Die Rückstände in der Zuckerteilung aus den Monaten September-November 1944 konnten nur in Tromsö selbst nachträglich verausgabt werden, da für die Auslieferung der rückständigen Zuteilungen im Fylke die vorhandenen Mengen nicht ausreichten. Zu der Lieferung von 25 t zugesagten Trockenkartoffeln durch die Wehrmacht an den norwegischen Sektor hat die Armeeabteilung Narvik bislang die Zustimmung zur Abgabe an das Fylkesversorgungsamt noch nicht erteilt. Die Anlieferung von Milch ist nach wie vor zufriedenstellend. Lediglich in einzelnen Küstengebieten bestehen Schwierigkeiten.

In Tromsö machen sich zunehmend Anzeichen dafür bemerkbar, daß Feindsender abgehört und die von ihnen ausgegebenen Parolen durch Mundpropaganda verbreitet werden. Über angebliche Verhältnisse im Raum Kirkenes, wie sie von den Feindsendern geschildert werden, ist die Bevölkerung laufend unterrichtet.

Im Gebiet westlich Lymgen ist infolge Treibstoffmangels die Evakuierung ins Stocken geraten. Es befinden sich dort allerdings nur noch geringe Teile der Bevölkerung, doch hat sich die Freimachung des fraglichen Raumes um einige Zeit verzögert. Die zuständigen norwegischen Stellen legen noch immer eine starke Zurückhaltung an den Tag.

Narvik

- 5 -

die man am liebsten dadurch umgehen möchte, daß unter Verzicht auf eine allgemeine Einsammlung die norwegische Wirtschaft mit der Herstellung der geforderten Ausrüstungsgegenstände beauftragt wird.

(+) Kurz vor Abschluß des vorliegenden Berichtes wird bekannt, daß der Besuch im Führerhauptquartier in Kürze stattfinden soll. Ministerpräsident Quisling wird von dem Gesandten Stören begleitet werden.

- 6 -

Nordnorge

Aus Tromsø wird berichtet, daß die Versorgung der Bevölkerung im dortigen Raum weiter ohne größere Schwierigkeiten durchgeführt werden kann. Für die Margarineproduktion sind weitere 45 t Rohstoffe in Tromsø eingetroffen und weitere 92 t aus Süd-norwegen nach Narvik unterwegs. Die Rückstände in der Zuckerzuteilung aus den Monaten September-November 1944 konnten nur in Tromsø selbst nachträglich verausgabt werden, da für die Auslieferung der rückständigen Zuteilungen im Fylke die vorhandenen Mengen nicht ausreichten. Zu der Lieferung von 25 t zugesagten Trockenkartoffeln durch die Wehrmacht an den norwegischen Sektor hat die Armeeabteilung Narvik bislang die Zustimmung zur Abgabe an das Fylkesversorgungsamt noch nicht erteilt. Die Anlieferung von Milch ist nach wie vor zufriedenstellend. Lediglich in einzelnen Küstengebieten bestehen Schwierigkeiten.

In Tromsø machen sich zunehmend Anzeichen dafür bemerkbar, daß Feindsender abgehört und die von ihnen ausgegebenen Parolen durch Mundpropaganda verbreitet werden. Über angebliche Verhältnisse in Raum Kirkenes, wie sie von den Feindsendern geschildert werden, ist die Bevölkerung laufend unterrichtet.

Im Gebiet westlich Lingen ist infolge Treibstoffmangels die Evakuierung ins Stocken geraten. Es befinden sich dort allerdings nur noch geringe Teile der Bevölkerung, doch hat sich die Freimachung des fraglichen Raumes um einige Zeit verzögert. Die zuständigen norwegischen Stellen legen noch immer eine starke Zurückhaltung an den Tag.

Narvik

- 7 -

Narvik meldet eine langsame Beruhigung der dortigen Bevölkerung hinsichtlich der Evakuierungsmaßnahmen in der Finnmark. Gestört wird diese Entwicklung durch neu auftauchende Gerüchte, wonach Ende Januar die Evakuierung der Räume Tromsø, Harstad und Narvik beginnen soll. Ein langsames Abwandern von Frauen und Kindern nach Südnorwegen ist ständig zu beobachten. Außerdem hält die Schwedenflucht im verstärkten Maße an. Die Maßnahme der Geiselfestnahme bei Schwedenflucht wirkt sich in diesem Zusammenhang insofern negativ aus, als männliche Familienangehörige von Schwedenflüchtlingen ebenfalls illegal das Land verlassen, um der Festnahme zu entgehen.

- 8 -

Sabotagetätigkeit.

Ein Sabotageanschlag wurde am 13.1.45 auf einen von Snaasa in Richtung Drontheim fahrenden Wehrmachtsgüterzug, dem einige Personenwagen angehängt waren, beim Überfahren der Eisenbahnbrücke bei Flickan verübt. Die Brücke wurde zerstört, Lokomotive, Tender und 16 Wagen stürzten in den Fluß. Es ist mit etwa 45 Toten und einer größeren Anzahl von Verletzten zu rechnen.

In Iler bei Drammen wurde eine Karosseriefabrik, die zur Hälfte für die deutsche Wehrmacht arbeitete, durch einen Anschlag vollkommen zerstört.

Durch eine Explosion im Maschinenraum des im Osloer Hafengebietes liegenden Dampfers "Rolandseck" entstand ein Leck an der Backbordseite des Schiffes. Auf dem Eisbrecher "Mjølner" und einem Kran im Hafengelände von Sörenger (Oslo) angebrachte Sprengladungen wurden rechtzeitig entdeckt.

Auf das Dienstgebäude der norwegischen Staatspolizei in Larvik wurde am 17.1.45 ein Sprengstoffanschlag verübt, durch den erheblicher Sachschaden angerichtet und ein Beamter der norwegischen Staatspolizei verletzt wurde.

Banditen überwältigten einen Wachmann in der Werkstätte des Osloer Hafenwesens und schleppten ihn in den Luftschutzkeller. Es gelang dem Wachmann, sich zu befreien und die Polizei zu verständigen.

Der Beame S t e e n aus dem Lensmannkontor in Nedre-Eiker bei Drammen verschwand am 12.1. unter Hinterlassung eines Zettels, auf dem vermerkt war, daß er von maskierten Männern entführt worden sei. - Auf einen als deutschfeindlich bekannten Pelztierzüchter in Grorud bei Oslo wurden von Unbekannten 14 Schüsse abgegeben, die fehlgingen.

Das Haus des NS-Mannes Th. S p i l l e r in Drammen, der bereits am 5.12.44 von unbekanntem Tätern durch 2 Bauchschüsse schwer verletzt worden war, wurde am 17.1.45 niedergebrannt.

- 9 -

Schwedische Norwegen-Hilfe

Für die Bespeisung von 225 000 bedürftigen Norwegern, darunter 170 000 Kindern, wurden von der schwedischen Norwegen-Hilfe im Monat November 500 t, im Monat Dezember 380 t Lebensmittel, vor allem Kartoffelflocken, Gerstenflocken, Trockengemüse und Bouillon-Extrakt nach Norwegen geliefert. Die übliche Monatsquote von 500 t wurde im Monat Dezember nicht erreicht, da die schwedische Eisenbahn nicht genügend Waggon zur Verfügung stellte. Die schwedische Norwegen-Hilfe beabsichtigt, in Zukunft einen Teil der Waren auf dem Seewege nach Norwegen zu transportieren. Um die Bespeisung in der bisherigen Höhe fortsetzen zu können, mußte auf die norwegischen Reservedepots der Schwedenhilfe zurückgegriffen werden.

Im November wurden durch die schwedische Norwegenhilfe 2 300 t Zucker, die durch das Versorgungsdepartement zur Verteilung gelangten, geliefert. Die Lieferung erfolgte außerhalb der üblichen Monatsquote von 500 t und wurde seitens der Alliierten auf Antrag der schwedischen Norwegenhilfe genehmigt.

Zu Weihnachten kamen 190 000 Lebensmittelpakete durch die schwedische Norwegenhilfe zur Verteilung, davon 170 000 an Kinder und 7 000 an Evakuierte. Ferner gelangten 460 t Kleider und Schuhe zur Austeilung und zwar vornehmlich an Kinder und alte Leute. Die Verteilung erfolgte nach sachlichen Gesichtspunkten und gab zu Beanstandungen keinen Anlaß.

Die schwedische Norwegen-Hilfe plant nunmehr, die monatliche Lieferung an Lebensmitteln nach Norwegen von 500 t auf 750 t und die tägliche Zahl der Speisungen von bisher 225 000 auf 350 000 zu erhöhen. Die schwedische Regierung ist an die Alliierten bereits herangetreten, um ihr Einverständnis zu erhalten. Die Steigerung der Hilfeleistungen soll vor allem alleinstehenden und kranken Leuten in größeren Städten sowie Fabrikbezirken zugute kommen.

- 10 -

Kirche

Am Ende des vergangenen Jahres brachte der Bischof von Oslo, Lars Frøyland, beim Kirchen-Departement den Vorschlag ein, zur Beilegung des nun schon seit Jahren andauernden Kirchenstreites die aus ihren Gemeinden ausgewiesenen Pfarrer zurückkehren und ihre alte Tätigkeit wieder aufnehmen zu lassen. Das Kirchendepartement forderte daraufhin die übrigen Bischöfe des Landes auf, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Die Mehrzahl der Bischöfe lehnte den Vorschlag ab, zwei Bischöfe befürworteten den Plan.

Bischof Hagen - Tönsberg befürwortet den Vorschlag, und hält es für richtig, daß auch die ehemaligen Bischöfe wieder ihre alten Ämter übernehmen. Er ist bereit, in einem solchen Falle von seinem Bischofsamt zurückzutreten.

Bischof Zwilgmeyer - Skien glaubt, auf diese Weise eine Versöhnung innerhalb der Kirche zustande bringen zu können und erinnert daran, daß er schon vor 2 Jahren einen ähnlichen Vorstoß unternommen habe.

Bischof Haga - Hamar lehnt den Vorschlag ab und nennt ihn eine "Kapitulation vor der kirchlichen Widerstandsorganisation".

Bischof Kvassnes - Stavanger spricht sich ebenfalls dagegen aus und rät, abzuwarten, bis ein Versöhnungsvorschlag von Seiten der Pfarrer vorliegt.

Bischof Blesing - Dahle - Bergen rät dem Kirchendepartement, zunächst einmal die Bedingungen auszuarbeiten, unter denen ein Pfarrer wieder in den Dienst der Staatskirche treten kann.

Bischof L o t h e - Drontheim lehnt eine Freilassung der Pfarrer aus staatsrechtlichen Gründen ab.

In einem Schreiben an Bischof Frøyland weist Kirchenminister Skancke darauf hin, daß das Kirchen-Departement schon früher mehrere Einigungsversuche unternommen habe, die aber alle erfolglos geblieben seien. Wörtlich schreibt Skancke: "Wenn diese Versuche erfolglos blieben, dann ist wohl die Hauptursache die, daß die Leiter der politischen Kirchenaktion nicht mehr Herren der Lage sind, die sie durch ihre Aktion im Frühjahr und Sommer 1942 in Gang setzten.."

Die Lösung der Kirchenfront ist jetzt gebunden und muß den Befehlen aus London, Stockholm und Moskau gehorchen. Die Parole, keinen Sonderfrieden abzuschließen, gilt auch hier ... selbst wenn die Mehrzahl des norwegischen Volkes sich der Widerstandsbewegung anzuschließen scheint, kämpfen trotzdem die nationale Regierung und die Kirchenleitung für die wahren Interessen des Volkes und der Kirche. - Der Kampf gilt in tiefstem Sinne der Existenz des Volkes und der Kirche in diesem Lande. Auch den streikenden, politisch verirrten Pfarrern und dem ihnen folgenden Kirchenvolk ist am besten damit gedient, wenn die Kirchenleitung in diesem für unser Volk, unsere christliche Kultur und unsere Kirche schicksalsentscheidenden Schlußkampf keine Schwäche zeigt."

Bischof Frøyland erwähnte in seiner Neujahrspredigt seinen Vorschlag auf Freilassung und Zurückführung der Pfarrer. Diese öffentliche Äußerung wurde in der Bevölkerung als eine Verbeugung vor der Kirchenfront ausgelegt, wie überhaupt in letzter Zeit verschiedentlich behauptet wurde, Frøyland sei vom Kirchendepartement und der Partei sehr enttäuscht worden und versuche nun, sich bei der Gegenseite beliebt zu machen. Auch die

schwedische

- 12 -

schwedische Presse und der englische Rundfunk meldeten, Bischof Frøyland habe nunmehr angefangen zu "rudern". Tatsache ist, daß Frøyland durch einige Vorkommnisse der letzten Zeit das Vertrauen der Regierung in erheblichem Maße eingebüßt hat. Hierzu trug besonders die Rede bei, die F. anlässlich der Einäscherung des ermordeten Beamten der norwegischen Staatspolizei, Reidar Voigt, hielt. In seiner Rede führte Frøyland u.a. folgendes aus: "Man muß daran denken, daß ein untergeordneter Polizist nicht selbst die Initiative ergreift, sondern nur die erhaltenen Aufträge ausführt. Er kann nicht für Gesetze und Bestimmungen verantwortlich gemacht werden, die andere erlassen haben und denen er nachkommen muß, noch dazu in einer Zeit, in der die Polizei bekanntlich dem militärischen Strafgesetz unterliegt. Haß und Rachedurst über diese Menschen ergehen zu lassen, ist im höchsten Grade ungerecht, dies kann auch wohl nur dadurch erklärt werden, daß die betreffenden Täter selbst ihre Befehle von anderer Stelle erhalten und sich verpflichtet fühlen, ihnen blindlings zu gehorchen, wen es auch treffen mag."

Im Anschluß an diese Rede wurde Frøyland zu Polizeiminister Jonas Lie bestellt, der ihm in aller Deutlichkeit vorhielt, daß die Zuhörer den Eindruck bekommen mußten, die Staatspolizei sei nicht besser, als die Mörder, da beide auf Befehl handelten. Lie machte Frøyland ferner den Vorwurf, er habe sich absichtlich so ausgedrückt, um sich "ein Alibi zu verschaffen". Im übrigen ließ Minister Lie Bischof Frøyland nicht zu Worte kommen und verbot ihm, in Zukunft bei Beerdigungen von Polizeibeamten zu sprechen. Daraufhin richtete Frøyland an Minister Lie ein Rechtfertigungsschreiben, an dessen Schluß es heißt: "Da Sie erwähnt haben, daß von mehreren Seiten großes Mißfallen an meiner Rede geäußert worden ist und ich weiß, daß auch die Minister Riisnaes und Fuglesang zugegen waren, muß ich annehmen, daß auch diese in dieser Angelegenheit Ihrer Auffassung sind. Das bedeutet, daß

mir

- 13 -

mir das für meine Stellung notwendige Vertrauen bei einem bedeutenden Teil des Ministerkollegiums fehlt, und da Sie sogar meinen angeblichen Mangel an Takt bei einer so empfindlichen Gelegenheit wie einer Beisetzung geradezu als Roheit bezeichnen, ist es klar, daß ich mir meine Stellung als Bischof in der norwegischen Staatskirche ernstlich überlegen muß."

- 14 -

WirtschaftFinanzwirtschaftAuflegung einer neuen Staatsanleihe

In der ersten Hälfte des Monats Januar fanden von Seiten des Finanzministeriums mit Bank- und Versicherungskreisen Verhandlungen über die Auflegung einer neuen Staatsanleihe statt. Wie in Erfahrung gebracht wurde, handelt es sich um eine Anleihe von 400 Millionen Kronen, von denen 300 Millionen in langfristigen Obligationen, 100 in kurzfristigen Obligationen herausgegeben werden sollen.

Von diesen waren nach einer Mitteilung aus Bankkreisen am 16.1. bereits die 100 Millionen kurzfristigen Obligationen sowie 200 Millionen langfristige ohne Schwierigkeiten untergebracht. Da nach weiteren vorliegenden Informationen die neue Staatsanleihe auf pari sehr gefragt sei, z.T. aber auch schon 100 $\frac{1}{8}$ geboten werde, sehe man die Unterbringung der noch verbleibenden Beträge als gesichert an. Bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang, daß der Leiter der Außenpolitischen Abteilung des Ministerpräsidenten, Gesandter Stören - wie aus NS-Bankkreisen bekannt wurde - als er sich in diesen Tagen um den Kauf von Aktien bemühte, den Erwerb ihm angebotener neuer Obligationen ablehnte und lieber Aktien haben wollte. Er habe seine Meinung auch nicht geändert, als er darauf hingewiesen wurde, daß es wegen der starken Schwankungen auf dem Aktienmarkte günstiger sei, Obligationen zu kaufen.

Aktienmarkt

Aus Börsenkreisen wird darauf hingewiesen, daß die militärischen Ereignisse im Westen Ende Dezember 1944, die die Hoffnung auf eine

-- 15 --

eine rasche Beendigung des Krieges in Gegnerkreisen sinken ließen, eine starke Erhöhung der Kapital-Investierungen in der Industrie zur Folge hatten. Wegen der infolge Kohlenmangels zu erwartenden Stilllegungen werden jedoch für Industrieaktion in der nächsten Zukunft Kursverluste erwartet. Bemerkenswert erscheint ferner der Hinweis, daß z.Zt. eine große Nachfrage nach norwegischen "Spitzbergenaktien" (Kohlengruben) bestehe und auch Sydvaranger-Aktien (Eisenerz) stark gefragt seien. Die in breiten NS-Kreisen herrschende Meinung über die Kriegsschädenersatzfrage (für die danach Deutschland weitgehendst aufkommen soll), ist wiederum gut erkennbar aus Äußerungen, die im Zusammenhang mit der Nachfrage nach den oben erwähnten Aktien besagten, "daß man entweder die betreffenden Objekte durch eine Wendung der Lage wiederbekomme oder daß die Regierung sie als Kriegsschäden anmelden müsse!"

Einzelmeldung zur Haltung der norwegischen Regierung in der Besatzungs- und Kriegskostenfrage

Für die bekannte Haltung der norwegischen Regierungsstellen in der Frage der Besatzungs- und Kriegskosten ist wiederum nachstehender Vorfall bezeichnend:

Im Zusammenhang mit der Evakuierung Nordnorwegens und der dadurch notwendig werdenden Zerstörung von Baulichkeiten wurden sowohl von Seiten des Verbandes der staatsgarantierten Banken als auch von den Privat- und Sparbanken Ministerpräsident Quisling eine Aufstellung über die Guthaben der Banken und Kassen in den nördlichsten Fylken gemacht. Bei der Überreichung dieser Listen habe der Ministerpräsident dazu geäußert, daß ihm diese Aufstellungen sehr willkommen seien, da er beabsichtige, die in Nordnorwegen durch die Deutschen vernichteten Werte als Kriegsbeitrag in Anrechnung zu bringen !

- 16 -

Übernahme der Sicherung norwegischer Schiffswerften durch die Deutsche Sicherheitspolizei

Zur Vorbeugung von Sabotageanschlägen auf Werften bzw. dort zur Reparatur aufliegende Schiffe und damit zur Erhaltung des lebens- und kriegswichtigen Tonnageraums wurden am 8. Januar 1945 alle größeren, für deutsche Interessen arbeitenden norwegischen Werften schlagartig durch verstärkte Wachkommandos der Wehrmacht und Angehörige der deutschen Ordnungspolizei besetzt. Der norwegische Werkschutz, der sich bisher allerdings als völlig wirkungslos erwies, bleibt zusätzlich bestehen. Die gesamte Sicherung liegt in Händen der deutschen Sicherheitspolizei.

Nach den vorliegenden Berichten wurde diese Maßnahme sowohl von der Belegschaft als auch von der Betriebsführung bis jetzt ruhig aufgenommen. Man habe norwegischerseits auf Grund der letzten Sabotageanschläge in den beiden Osloer Werften (s. Situationsbericht Nr. 80) bereits damit gerechnet und müsse sich eben dieser Kriegsnotwendigkeit fügen. Die Betriebsführer seien z.T. sogar innerlich froh darüber, weil sie sich dadurch der alleinigen oder überhaupt der Verantwortung enthoben fühlen. Bedenken äußerte man lediglich hinsichtlich eines evtl. zu schroffen Vorgehens seitens der Wachmannschaften, wodurch Verbitterung unter der Belegschaft geschaffen werden könnte. Bis jetzt sei allerdings zu keinen Klagen Anlaß.

- 17 -

Auswirkungen der Kohlenknappheit auf kriegswichtige Industrien

Durch das Ausbleiben ausreichender Kohlenzufuhren werden eine Reihe wichtiger wehrwirtschaftlicher Betriebe gezwungen, die Produktion einzustellen.

Einen guten Einblick in die Gesamtlage bietet zu diesen Fragen ein hier vorliegender Bericht aus dem Bereich Stavanger. So liegt das Werk der AS Nordag in Saudasjøen (Aluminiumgewinnung aus Tonerde) seit 9.1.45 still. Damit ist das einzige im Rahmen des so großzügigen Nordag-Projektes wirklich zum Anlauf gekommene Werk ebenfalls wieder zum Erliegen gekommen. Für die Kohlenlage ist bezeichnend, daß nicht einmal die geringen in Verarbeitung befindlichen Rohstoffmengen bis zu einer später weiter verwertbaren Vorstufe fertiggestellt werden konnten, sondern verloren gehen. Zur Entlassung kommen zunächst rd. 350 norwegische Arbeiter, der Rest der Belegschaft wird noch mit Bau- und Aufräumarbeiten beschäftigt.

Die Elektrik-Furnace in Saudasjøen (Ferrosilizium-Gewinnung) muß ebenfalls die Produktion Ende Januar einstellen. Entlassen werden voraussichtlich 400 Arbeiter.

Das Stahlwerk Jörpeland hat Kohlenvorräte bis Ende Februar. Es wird versucht, den Betrieb dort aufrecht zu erhalten, da die dortige Edelstahlherzeugung von besonderer Wichtigkeit ist. Jedoch scheitert der Abtransport der Fertigprodukte weitgehendst an Schiffsraummangel.

Die Eigenverwendung der bei den Betrieben noch vorhandenen Kohlenvorräte, die teilweise eine etwas längere Produktionsaufrechterhaltung ermöglicht hätte, mußte abgestoppt werden wegen der notwendigeren Zurverfügungstellung der Kohle für die

lebenswichtigste

- 18 -

lebenswichtigste Schifffahrt.

Die bei den Betrieben zur Entlassung kommenden Arbeiter werden in Sauda und Umgebung zum größten Teil zunächst bei dem staatlichen Wegewesen eingesetzt werden können. Eine größere Anzahl der von außerhalb nach Saudasjøen zur Nordag verpflichteten Norweger muß jedoch in die Heimat entlassen werden.

Stabilitätswandel

Stabilitätswandel

Arbeitseinsatz

Die Anzahl der Dienstverpflichtungen, die in den letzten Monaten monatlich rund 4000, davon fast 2000 für die Land- und Forstwirtschaft, betrug, blieb erheblich hinter den Anforderungen zurück. Die Zahl der vorhandenen offenen Stellen ist jedoch in letzter Zeit ebenfalls ganz erheblich zurückgegangen, sodass eine veränderte Situation im Arbeitseinsatz in Norwegen eingetreten ist. Diese ist ausschliesslich auf die rückläufige Beschäftigungslage, die wiederum durch die Einschränkung zahlreicher Bauvorhaben und die Kohlesituation bedingt ist, zurückzuführen. Der Reichsbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz in Norwegen, Astrup, und Minister Lippestad äusserten bereits Befürchtungen, dass bei weiterer rückläufiger Beschäftigungslage eine grosse Arbeitslosigkeit eintreten könne und sogar voraussichtlich Notstandsmassnahmen erforderlich würden. In Oslo gäbe es nach Ansicht von Astrup bereits 2000 Arbeitslose. Man habe jedoch keine genaue Übersicht, da die arbeitslos gewordenen Personen sich nicht auf den Arbeitsämtern melden würden.

Aus Fredrikstad wird hierzu berichtet, dass unter der Arbeiterschaft eine gewisse Furcht und Sorge vor einer bevorstehenden Arbeitslosigkeit festzustellen sei, hervorgerufen durch die Einschränkung von Wehrmachtsbauvorhaben und Rüstungsaufträgen. Ein Einsatz der freiwerdenden Arbeitskräfte beim Wegebau und Holzeinschlag sei äusserst schwierig, da Mangel an geeigneter Arbeitskleidung bestehe.

Nach einem Bericht des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD Bergen hat die Entlassung norwegischer Arbeitskräfte durch deutsche Dienststellen zu einer gewissen Gerüchtebildung Anlass gegeben. Allgemein wird erklärt, dass die deutschen Wehrmachtsbauvorhaben in allernächster Zeit einge-

stellt

- 20 -

stellt würden und eine starke Arbeitslosigkeit zu befürchten sei. Mehrere norwegische Firmen, die bisher mit allen Mitteln versuchten, die Einberufung ihrer Arbeiter und Angestellten zum Nationalen Arbeitseinsatz zu verhindern, zeigen heute keinerlei Interesse mehr an deren Freistellung vom Arbeitseinsatz. Einige Unternehmer erklärten, dass sie aus Ersparnisgründen gezwungen seien, Arbeitskräfte zu entlassen.

Der Leiter der Abteilung Arbeit und Sozialwesen beim Reichskommissariat erklärte zu der Frage der zu erwartenden Arbeitslosigkeit, dass es falsch sei, bei Beurteilung der Arbeitseinsatzlage allein die augenblicklichen Ereignisse in Rechnung zu stellen, weil sich die Arbeitseinsatzlage innerhalb kurzer Zeit wieder wesentlich verändern könne. Ausserdem würde bei der Wehrmacht nach wie vor eine grosse Nachfrage nach bei ihr unmittelbar zu beschäftigenden Arbeitern bestehen. Es sei zwar eine Entspannung und Auflockerung im Arbeitseinsatz festzustellen, die zur Folge habe, dass die im Beschäftigungsverhältnis stehenden Personen mehr als früher an ihren Arbeitsplatz gebunden seien. Diese Feststellung wird in gewisser Hinsicht durch die rückläufige Entwicklung der Arbeitsfluchtmeldungen unterstrichen.

Während beispielsweise im Kommandeur-Bereich Stavanger noch im September 1944 128 Arbeitsfluchtmeldungen zu verzeichnen waren, wurden im letzten Monat nur noch 16 gemeldet. In Bergen ist die Zahl der Arbeitsvertragsbrüche von 42 im September 1944 auf 26 im letzten Monat zurückgegangen. Vom Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD Drontheim wird ein Rückgang der Arbeitsvertragsbrüche von 138 auf 69 gemeldet.

Flucht französischer Arbeiter nach Schweden

Im Situationsbericht Nr. 84 wurde auf das Ansteigen der Fluchtfälle französischer Arbeiter nach Schweden hingewiesen.

- 21 -

wiesen. Der französische Verbindungsmann in Norwegen, Héliot, und mehrere französische Lagerführer erklärten hierzu, dass die französischen Arbeiter vor allem Angst vor dem Rücktransport nach Deutschland und den häufigen Terrorangriffen auf deutsche Städte hätten. Ausserdem würden sie befürchten, dass sie in Deutschland zum Militärdienst gezwungen und an der Westfront eingesetzt würden. Auch seien den französischen Arbeitern die guten Lebens- und Arbeitsbedingungen in Schweden bekannt.

Als weiteren Grund für Schwedenflucht führten der Verbindungsmann und die französischen Lagerführer die Entlohnung der französischen Arbeiter in Norwegen an. Sämtliche Franzosen, ganz gleich, ob sie schwere oder leichtere Arbeit ausführten, Überstunden oder Nachtarbeit leisteten, erhielten täglich 1,92 Kr. In Deutschland dagegen würden die Franzosen ihren vollen Lohn ausbezahlt erhalten. Die Lohnregelung in Norwegen sei nicht geeignet, die französischen Arbeiter an ihren Arbeitsplatz zu binden und ihre Arbeitslust zu erhöhen.